

Vorwort

„Hätten wir keine Kirchen, hätten wir auch gar keine allgemeinverbindliche Moral“, sagt der prominente Politiker der Linken Gregor Gysi im Radio. Er glaube nicht an Gott, aber habe durchaus Respekt vor Religionen. Im Moment gebe es keine anderen Einrichtungen als christliche Kirchen, die allgemein verbindliche Moralnormen aufstellen könnten. Die Linke habe nach dem Scheitern des Staatssozialismus in dieser Hinsicht ihre Autorität verloren. Ohne Kirchen hätte die Gesellschaft keine Werte wie Barmherzigkeit und Nächstenliebe. Das halte er für wichtig, sonst gäbe es überhaupt keinen diesbezüglichen Kanon, sagt Gysi.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller lobt bei der Tagung der bayerischen Landessynode die Kirchen als Motoren der internationalen Solidarität und als Anwälte der Armen. Und er zieht voller Dank und Anerkennung eine Schrift mit dem Titel „Geliehen ist der Stern ...“ aus der Tasche, mit der die EKD die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen unterstützt und Maßnahmen zu ihrer konkreten Umsetzung entwickelt.

Die Spitzen der beiden großen Kirchen treffen sich mit der Kultusministerkonferenz. Einer der Kultusminister meldet sich zu Wort und hält ein flammendes Plädoyer dafür, einer neuen Veröffentlichung der EKD höchstmögliche Aufmerksamkeit zu schenken: „Vertrauen in die Demokratie stärken. Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rats der EKD“.

Ich könnte viele weitere Beispiele nennen. Nein, die These vom Relevanzverlust der Kirchen in der zunehmend säkularer werdenden Gesellschaft ist fragwürdig. Jedenfalls ist sie viel zu undifferenziert.

Ja, es stimmt: Die normative Prägekraft der Kirchen und die Weitergabe des Glaubenswissens als ihre Voraussetzung hat abgenommen. Die Studie von Freiburger Wissenschaftlern, die bei Fortschreibung der gegenwärtigen Trends eine Halbierung der Kirchenmitgliedschaft in Deutschland bis zum Jahr 2060 voraussagen, kam zwar nicht überraschend, hat aber das Ausmaß an Traditionsabbruch, den wir gegenwärtig beobachten, deutlich vor Augen gestellt.

Diese Diagnose scheint indessen in einer merkwürdigen Spannung zu den beispielhaft geschilderten Phänomenen einer nachdrücklichen Bedeutungszuschreibung an die Kirche durch verantwortliche Politiker und Politikerinnen zu stehen. Aber eben nur scheinbar. Denn beides macht in seiner Bezogenheit durchaus Sinn. Der Schlüssel ist das, was die Soziologen schon vor Jahrzehnten als „Individualisierung“ bezeichnet haben. Die Menschen entscheiden heute – anders als in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts – aus Freiheit, wie sie leben wollen, welchen Beruf sie ergreifen wollen, welchen Lebenspartner oder welche Lebenspartnerin sie wählen und eben auch, welchen Gemeinschaften sie angehören wollen und ob sie sich auf religiöse Traditionen als Basis ihres Lebens einlassen wollen. Wer in den 50er Jahren aus der Kirche ausgetreten ist, musste

soziale Sanktionen befürchten. Heute wird in manchen Regionen Deutschlands eher verständnislos angesehen, wer sich offen zu seinem christlichen Glauben bekennt. Die Kirchenmitgliedschaftszahlen heute sind geringer, aber ehrlicher.

Mit der Individualisierung ist ein Verlust von Vertrauen in Institutionen verbunden, die die Parteien ebenso trifft wie die Kirchen. Wer politische Verantwortung trägt, steht unter Verdacht. Die sozialen Medien haben eine öffentliche Kultur befördert, die das Anprangern unterstützt, die Ressourcen für konstruktive Beiträge zur Gestaltung von Politik aber eher schwächt. „Suchet der Stadt Bestes“ – dieser Aufruf des Jeremia aus seinem Brief an die Exulanten in Babylon hat neue Aktualität gewonnen.

Politiker und Politikerinnen unterstreichen die Rolle der Kirchen, weil sie in dieser Landschaft zu den wenigen Institutionen gehören, in deren DNA das Engagement für das Gemeinwesen eingeschrieben ist und die daher verlässliche Orte ethischer Reflexion über die Grundlagen unseres Zusammenlebens bieten. Gerade weil die normativen Grundlagen unseres Gemeinwesens im Zeitalter der Individualisierung und der Digitalisierung fluide geworden sind, braucht die Gesellschaft den Beitrag der Kirchen. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass theologische Einsichten so in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden, dass sie auch von Menschen verstanden werden können, die die religiösen Voraussetzungen nicht teilen. Eine Öffentliche Theologie, die sich der „Übersetzungsfrage“ annimmt und eine darauf gründende öffentliche Kirche waren selten so wichtig wie heute.

Natürlich wäre es eine theologische Bankrotterklärung, wollte man die Kirche angesichts dieser Diagnose zur Moralagentur erklären. Denn die Kirche entfaltet genau darin ihre normative Kraft, dass sie ihrem ureigenen Auftrag folgt, das Evangelium zu verkünden – und damit das Zeitlose in die jeweilige Zeit zu übersetzen – und sich nicht auf eine gesellschaftliche Funktion reduzieren lässt. Da wo sie, weil sie ihrem Auftrag folgt, gegenüber der Gesellschaft sperrig ist, darf sie keine Angst vor Gegenwind haben. Öffentliche Theologie ist prophetisch und gleichzeitig konstruktiv. Sie weist auf Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hin und versucht gleichzeitig aus dem in vielen Jahrhunderten gewachsenen und in den biblischen Texten verankerten Glaubens- und Lebenswissen der christlichen Tradition Orientierung für die konstruktive Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu geben.

Manfred L. Pirner, dem die vorliegende Festschrift gewidmet ist, hat früh erkannt, wie wichtig dabei das Thema Bildung ist. Orientierung fußt auf Bildung. Pirners Programm einer „Öffentlichen Religionspädagogik“ ist daher ein wesentlicher Baustein für eine Öffentliche Theologie, die die Zeichen der Zeit erkennt sowie gleichzeitig die eigenen theologischen Quellen ernst nimmt und mit der Öffentlichkeit ins Gespräch bringt. Insbesondere die Religionspädagogik trägt in diesem Kontext dazu bei, öffentliche Diskurskompetenz zu fördern, indem sie reflektiert, wie Schülerinnen und Schüler in einem an öffentlichen Schulen gelehrten Religionsunterricht sprachfähig werden können. Dem Fach Religionslehre stellt sich dabei die Aufgabe, religiöse Überzeugungsgehalte und

Deutungsangebote in eine allgemein verständliche Sprache zu „übersetzen“. Hier werden Übersetzungsprozesse initiiert, die junge Menschen befähigen, eben jene Inhalte zu verstehen und selbst in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Die vorliegende Festschrift über „Theologie und Religionspädagogik in der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit“ verspricht, einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung dieses Ansatzes zu leisten. Zahlreiche namhafte Autorinnen und Autoren aus der Theologie und insbesondere aus der Religionspädagogik reflektieren die gegenwärtigen Herausforderungen für eine Theologie, die sich gerade deswegen in das öffentliche Leben einmischt, weil sie sich ihrem ureigenen Auftrag verpflichtet weiß.

Die Diskussion um diese Fragen weiter voranzutreiben, ist das schönste Geschenk, dass die Autorinnen und Autoren dem Jubilar Manfred L. Pirner machen können. Ich danke für seine wichtigen Beiträge zu Religionspädagogik und Öffentlicher Theologie und gratuliere herzlich zum 60. Geburtstag!

Heinrich Bedford-Strohm

EKD-Ratsvorsitzender und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayern